

# WISSENSCHAFTSINFOS MAI 2020

## VON NINA EISENHARDT

Liebe Leserinnen und Leser,

die aktuelle Pandemie stellt auch alle Mitglieder an den Hochschulen vor nicht gekannte Herausforderungen. Während die Gesundheit aller unser höchstes zu schützendes Gut ist, versuchen wir gleichzeitig das Recht auf Bildung bestmöglich digital zu realisieren. Ich bin dabei für das Engagement aller Beteiligten – sei es die schnelle Reaktion und viele Arbeit der Hochschulleitungen, die Flexibilität und Kreativität der Lehrenden beim Umzug in den digitalen Raum und die engagierte Mitwirkung und Geduld der Studierenden – sehr dankbar.

Doch nicht nur der Lehrbetrieb musste sich anpassen, auch viele Arbeitssituationen und Studienpläne von Studierenden haben sich zwangsweise geändert, durch ausfallende Praktika, Jobverlust, fehlende Kinderbetreuung oder andere Unwägbarkeiten. Dabei sind internationale Studierende meist besonders betroffen. Seit Beginn der Krise setze ich mich gemeinsam mit dem Ministerium für die Unterstützung von in finanzielle Not geratener Studierende und ein flexibles Semester ein.

Während wir innerhalb Hessens nach Kräften Gelder akquirieren, um Studierende direkt, über die Studierendenwerke oder aus dem Digitalpakt zu unterstützen, hat Bundesministerin Karliczek mit ihrer viel zu späten und zu geringen Finanzhilfe für Studierende eine sozialpolitische Bankrotterklärung geliefert. Obwohl 900 Millionen Euro BAföG-Mittel ungenutzt sind, werden davon nur 100 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Die ohnehin bestehenden KfW-Kredite sind eine Mogelpackung. Für betroffene Studierende ohne finanzielles Netz ist ein Darlehen mit der einhergehenden Verschuldung eine zusätzliche Belastung. Studienfinanzierung ist Bundesaufgabe. Dass der Bund die Studierenden so hängen lässt, ist unverantwortlich.

Im Hessischen Landtag sind die letzten beiden Plenarrunden kürzer ausgefallen und der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst hat nicht getagt. Die nächste Sitzung des Ausschusses am 20. Mai soll wieder regulär stattfinden.

Mit freundlichen Grüßen



Nina Eisenhardt



### AUS DEM LANDTAG: QSL-GESETZ

Heute haben die Koalitionsfraktionen einen Gesetzentwurf zur Verbesserung der Qualität der Studienbedingungen und der Lehre an hessischen Hochschulen („OSL-Gesetz“) (DS 20/2786) eingereicht, der Ende Mai ins Plenum eingebracht werden soll. Wie im Koalitionsvertrag vorgesehen, sollen die Mittel in Höhe von 92 Millionen Euro in das Grundbudget der Hochschulen übergehen und damit ab 2021 auch einer jährlichen Steigerung von 4 % unterliegen, wie sie im Hochschulpakt 2021-2025 vorgesehen ist. Zudem entfallen umfangreiche Berichtspflichten gegenüber dem Land. Es ist jedoch vorgesehen, dass die Mittel weiterhin zweckgebunden, und damit nicht kapazitätsrelevant, in die Verbesserung der Studienbedingungen investiert werden.

Es ist mir besonders wichtig Studierende, als diejenigen, die am stärksten die Auswirkung effizient oder nicht effizient eingesetzter Gelder spüren, weiterhin in die Mittelvergabe einzubeziehen und ihre Rolle in der Lehre zu stärken. Daher stehen

Studienkommissionen (vormals QSL-Kommissionen) auf zentraler und dezentraler Ebene, welche wie bisher zur Hälfte mit studentischen Mitgliedern besetzt sind, mindestens 10 % der QSL-Mittel für innovative, interdisziplinäre und studentische Projekte zur Verfügung. Die Höhe kann nach oben abweichend von den Hochschulen auch anders festgelegt werden. Ich sehe die Studienkommissionen auf dezentraler Ebene hierbei als zentrales Gremium zur Sicherung der Qualität von Studium und Lehre, welches mit den entsprechenden Kompetenzen ausgestattet sein muss. Die kommende Novelle des Hessische Hochschulgesetz (HHG) wird dabei Klarheit über die konkrete Ausgestaltung der Studienkommissionen schaffen, wie im Koalitionsvertrag vorgesehen (geplant zum 1.1.2022). Das QSL-Gesetz soll in diesem Zuge auch in das HHG überführt werden. Anregungen und Hinweise aus den Hochschulen hierzu nehme ich gerne jederzeit entgegen.

Fachbereiche, die bereits jetzt über Studienkommissionen verfügen, können beispielsweise überlegen, ob sie die bisherigen QSL-Kommissionen bereits 2021 mit den Studienkommissionen zusammenlegen. Hier sind die Hochschulen in der Gestaltung der QSL-Satzungen wie bisher auch flexibel.

Über das QSL-Gesetz starten in Kürze die parlamentarischen Beratungen u.a. mit einer Anhörung im Ausschuss. Mit dem Gesetz wird außerdem das TU Darmstadt Gesetz um zwei Jahre verlängert, das Ende des Jahres ausläuft.

## **THEMA: DER HESSISCHE DIGITALPAKT HOCHSCHULEN**

Der Digitalpakt, der bereits vor der Pandemie für eine Beschleunigung der Digitalisierung im Hochschulwesen geplant war und eigentlich im März im Plenum vorgestellt werden sollte, kommt gerade zur richtigen Zeit. Der Digitalpakt setzt weiterhin auf hochschulübergreifende Zusammenarbeit für eine erfolgreiche Digitalisierung von Verwaltung, Forschung und Lehre. Dabei stehen neben Datenschutz und Informationssicherheit auch Themen wie Open Science, Barrierefreiheit und Beteiligung im Vordergrund. Diese Ziele sind wichtig, damit Digitalisierung einen Mehrwert entfaltet und zur Demokratisierung der Wissenschaft beiträgt. Der Pakt beläuft sich auf 112 Mio. Euro für die Jahre 2020-2024.

Im Bereich Lehre sollen durch digitale Lernangebote individuelle Lernpfade, -geschwindigkeiten und -zeiten Berücksichtigung finden. Das Digitalisierungsmodell „Sommersemester 2020“, das die Präsenzlehre ersetzt, ist dabei selbstverständlich nicht das Ziel. Gerade jetzt wird deutlich, wie wichtig der persönliche direkte Austausch für die Lehre ist. Die neuen ergänzenden Formate sollen die Präsenzlehre in ihrer Qualität steigern. Dabei können Angebote wie Augmented-Reality-Labore und Virtual-Reality-Anwendungen neue Einblicke bieten.

Aufgrund der Pandemie haben Hochschulen und Land für 2020 den finanziellen Schwerpunkt des Digitalpakts auf das Thema Online-Lehre gelegt. Mit den zur Verfügung stehenden Geldern werden zusätzliche Streaming-Kapazitäten ausgebaut, die Anschaffung von Ausstattungen für Video basierte Lehrveranstaltungen ermöglicht und Notfonds für studentisches Arbeitsmaterial eingerichtet.

Die Projekte, die über den Digitalpakt finanziert werden, stehen nicht abschließend fest – im Gegenteil. Im Koordinierungsausschuss Digitalpakt werden Land und Hochschulen gemeinsam über die Bewilligung von Projekten entscheiden.

## **Kurz notiert**

Podcast-Reihe „Corona-Expertise made in Hessen“ mit Wissenschaftler\*innen aus Hessen startet [www.hessen-schafft-wissen.de/podcast](http://www.hessen-schafft-wissen.de/podcast)

Hessen fördert Gender Studis mit 365.000 Euro in 16 Projekten an 10 Hochschulen <https://gruenlink.de/1rhs>

FAQ für Studierende zum QSL-Gesetzentwurf [www.nina-eisenhardt.de/faq-fuer-studierende-zum-gesetzentwurf-qls-gesetz](http://www.nina-eisenhardt.de/faq-fuer-studierende-zum-gesetzentwurf-qls-gesetz)